

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1918

135 (21.3.1918) Mittagausgabe

Deutscher Reichstag.

18. Berlin, 20. März. Am Bundesratssitz: Büdlin, v. Wisberg, v. Couppette, v. d. Busche.

Vizepräsident Dr. Baaske eröffnet die Sitzung um 2.25 Uhr. Zweite Lesung des Gesetzes betr. die Änderung des Postgesetzes.

Abg. Naden (Zentr.) empfiehlt namens des Hauptausschusses unveränderte Annahme der Vorlage, die hauptsächlich die Förderung des bargeldlosen Verkehrs sei.

Abg. Südekum (Soz.): Das beste Mittel, den Postverkehr populär zu machen, ist die Postfreiheit. Wir stimmen der Vorlage zu. Die Stammguthaben und die Einlagen sollten verzinsbar gemacht werden.

Damit schließt die Aussprache. — Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht des Reichshaushaltsausschusses über den Antrag über Ertrag einer Bundesratsverordnung betr. die Überwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe.

(Angelegenheit Daimler.) Der Ausschuss beantragt drei Entscheidungen auf Überwachung der Geschäftsbücher und anderer für die Berechnung der Preise maßgebende Unterlagen, Errichtung von Preisprüfungsstellen bei sämtlichen Zentralbeschaffungsstellen für die Bedürfnisse des Heeres und der Marine und Schaffung einer Zentralprüfungsstelle für Kriegslieferung, deren Aufgabe es ist, die Tätigkeit aller einzelnen Prüfungsstellen zu überwachen.

General v. Wisberg: In der Angelegenheit der Daimler-Gesellschaft ist von der Königl. Staatsanwaltschaft in Stuttgart ein Strafverfahren wegen mehrfachen Betrugs und Kriegswucher eingeleitet. Vom Reichsanwalt wird untersucht, ob durch die von der Firma angeordnete Einschränkung der Produktion Landesverrat begangen worden sei. Solange das Verfahren schwebt, müssen wir uns ein Urteil verweigern. Die Daimler-Gesellschaft hat in einem Ultimatum die Einschränkung des Betriebes angeordnet. Es ist hies anerkannt worden, daß die Daimler-Werke hohe Qualitätsarbeit geleistet haben, die allerdings weniger der kaufmännischen als der technischen Leitung und der Arbeiterschaft zu danken ist. (Sehr richtig.)

Ingefolgt dieser hohen Leistung muß eine Einschränkung der Produktion vorgebeugt werden. Als trotz wiederholter Aufforderung die Kalkulation nicht vorgelegt wurde, mußte aufgrund des § 89 des Belagerungszustandes eingeschritten werden; dann ist die Drohung der Firma schließlich zurückgenommen worden, weil sie die Militarisierung ablehnen wollte. Die Militarisierung ist nicht infolge der Angaben eines früheren Beamten allein angeordnet. Nicht die letzte Preisserhöhung hat 50 Prozent betragen, sondern dieser Satz wurde durch eine große Reihe von Preissteigerungen erreicht. Unrichtig ist der Vorwurf, die Heeresverwaltung habe nicht früh genug eingegriffen. Anlag dazu hatten wir erst, als die Lieferung in Frage gestellt wurde. Jetzt müssen wir erst das Gerichtsurteil abwarten. Die hohen Gewinne der Firma können auch aus anderen Quellen herkommen. Die Militarisierung hat getan, was im Interesse der öffentlichen Sicherheit notwendig war. Es ist nichts zu verdienen, sie hat nichts zu verdienen, sie wird auch nichts verdienen. Klarheit wird und muß geschaffen werden. Man darf aber von Richterpruch nicht vorziehen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Daß Deutschland den Krieg nicht wollte, geht schon daraus hervor, daß wir nicht einmal die nötigen Rohstoffe hatten. Ohne die glänzende Erfindung von Erbsenöl wären wir schon längst erledigt. Die Stilllegung von kleinen Betrieben darf nicht übermäßig erfolgen. Wenn die Preise sich weiter zu entwickeln, wird unser ganzes wirtschaftliches Leben gefährdet, und wir sind nach dem Frieden auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Bei der Preisgestaltung gehen die Kriegsgesellschaften mit schiedem Beispiel voran. Reibhaft zu bedeuten ist, daß die Angelegenheit Daimler überhaupt den Reichstag und die Öffentlichkeit beschäftigen muß. Die Kalkulation ist eine direkte Verzerrung des Kriegsmaterials. Als man sie dem Reichstage zuzuführen glaubte man wohl, dieser Zielsetzung könne man alles zumuten. Leider gibt es nicht nur diesen einen Daimler im Vaterlande. Einen erheblichen Teil der Schuld trifft das Kriegsmaterial. Die unendliche Schuld dieser Firma gegenüber — ein Beweis, daß vom Militarismus keine Rede sein kann — sollte auch dem armen ungeschützten Rekruten gegenüber gelöst werden. Wir fordern rücksichtsloses Vorgehen gegen alle Schuldigen in den Fällen Daimler und Behr-Rinow.

Generalscheidungsmeister Couppette: Es galt bei Kriegsausbruch möglichst große Mengen Waffen, Munition und sonstige Heeresgeräte in kürzester Zeit zu beschaffen. Bald nach Beginn des Krieges mußten die Beschaffungsstellen neuorganisiert werden. Es wurden für Gießen und Zünder alsbald vier Interessentkreise gegründet: Spandau, Duisburg, München und Dresden, wodurch die Produktion und die Preisregulierung sichergestellt werden sollten. Gemeinliche Konferenzen fanden statt. Beteiligt waren viele tausend Einzelwerke. Hierfür die Einheitspreise festzusetzen war unmöglich. Für die Kalkulation haben die Staatsinstitute erhebliche Dienste geleistet.

Abg. Koste (Soz.): Die geforderte Bundesratsverordnung soll nicht nur ein Unternehmen treffen wie Daimler, das eine schamlose und gemeingefährliche Erpressung verübt, sondern alle, die während des Krieges während der Not des Volkes sich riesige Gewinne zu verschaffen wußten. Während auf dem Balken eine Schicht im Golde, das sind die Kriegsbetriebe der Vaterlandspartei. Jedenfalls werden die Daimlerleute nicht für zuchttauglich erklärt werden wie arme Arbeiter, die schnellstens abgerufen wurden. Weil in den Kriegsjahren Großkapitalisten und Schwerindustrie sitzen, ist es begreiflich, daß der Industrie große Gewinne zuzufallen. Wenn das Kriegsmaterial aus Sachverständigen aus der Arbeiterschaft zugekauft hätte, hätten viele Millionen erspart werden können. Der Versuch muß nachgeholt werden. Wir wollen den Kapitalismus so rasch wie möglich niederringen, um die Ursache der modernen Kriege zu beseitigen.

Abg. Gothein (F. Sp.): Für die Kriegszeit wäre es günstig gewesen, wenn dem Verlangen des Reichstages entsprochen worden wäre, in Friedenszeiten nicht einem kleinen Kreise von Industriellen ein Monopol auf die Heereslieferungen zu geben. Es grenzt an Bestechung, wenn schon jetzt Beamte aus den Kriegsjahren von der Industrie weg engagiert werden. Unter den Holzpreissteigerungen werden die Löhner, und die heimkehrenden Krieger werden die Wäbelpreise nicht erzhwingen können. Die Holzpreise sind bei uns günstiger als im Ausland. Im übrigen müssen wir aber erst wieder konkurrenzfähige Rohstoffpreise erhalten. Die Kaufkraft des Handels muß wieder gehoben werden. Wer hat dem Kammerherrn von Behr-Rinow die enormen Sachpreise bewilligt? Das Kriegsmaterial darf nicht höhere Preise bewilligen, weil diese irgendwelchen wohlthätigen Zwecken zugute kommen sollen. Andererseits wird sehr gekauert. Die deutschen Kaufleute in Belgien werden wesentlich schlechter behandelt als die Belgier. Das Reich muß pariam wirtschaften. Wir hoffen auf einen dauernden Frieden auch im Interesse der Moral des deutschen Volkes in allen seinen Gliedern.

General von Scheuch: Der Abg. Koste hat die Tätigkeit einer Reihe von sachverständigen Herren in den Kriegsjahren beanstandet. Wir haben dem Dingen nachgegeben, den kaufmännischen Geist bei uns einzulassen zu lassen. Herr Koste will ihn jetzt wieder heranziehen. Die Rennung von Namen schadet nicht. Die Herren und ihre Tätigkeit vor allem stehen dafür viel zu hoch. Es ist angeordnet worden, daß Handwerker möglichst an ihren Wohnorten eingesetzt werden. Materieell am meisten geschädigt ist der Mittelstand. Ihm muß wesentlich geholfen werden.

Darauf tritt Beratung ein. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Anfragen, Nachtragsetat, Friedensvertrag, Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Schluß 1/8 Uhr.

Zur Geschäftsfrage des Reichstages.

18. Berlin, 20. März. (Nicht amtlich.) Der Beschluß des Hauptausschusses des Reichstages, beim Präsidenten dahin zu wirken, daß im Interesse der Vorbereitung der Friedensverträge am Donnerstag eine Sitzung der Vollversammlung anberaumt werde, hat den Vizepräsidenten des Reichstages veranlaßt, sich erneut über die Geschäftslage zu beschreiben. Es wurde eine Entscheidung dahin erzielt, dem Beschluß des Hauptausschusses Rechnung zu tragen. Die

Sitzung am Freitag beginnt um 12 Uhr mittags mit der Tagesordnung: zweite, vierte und dritte Lesung des Abetats, dritte Lesung der Kreditvorlage, zweite Lesung des Friedensvertrages. Am Samstag steht auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Friedensvertrages, außerdem Kriegsausgleich zu den Gerichtslosten und Neubau der Reichshandelsverwaltung. Am Samstag dieser Woche beginnt die Osterpause, deren Dauer um 8 Tage, bis zum 16. April, verlängert werden soll.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstages.

18. Berlin, 20. März. Im Hauptausschuß des Reichstages erklärte bei Beratung des Friedensvertrages mit Rußland ein Vertreter des Auswärtigen Amtes, die Entscheidung über die Eigentumsrechte an dem ehemaligen russischen Staatsvermögen sei noch vorbehalten. Unterstaatssekretär v. d. Busche teilte mit: Eine Abordnung des litauischen Landesrates werde am 22. März in Berlin eintreffen.

18. Berlin, 20. März. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm den 5. Antrag zum Reichshaushalt betr. Grundbesitz zu einem Neubau für die Reichshandelsverwaltung (8 Mill. Mark) an. Eine kurze Anfrage über die Fliegerangriffe auf offene Städte.

Manheim, 21. März. Reichstagsabg. Oscar Geßmann hat im Reichstag folgende kurze Anfrage gestellt: Verlässlichen Zeitungsmeldungen zufolge haben sich sowohl in der französischen Kammer, wie ganz besonders auch im Gemeinderat der Stadt Paris in den letzten Tagen ernste und dringliche Stimmen erhoben, die einer Verständigung der kriegführenden Parteien über die Einstellung der Fliegerangriffe auf offene Städte außerhalb der Kriegszone das Wort reden. Und nach einer Meldung schweizerischer Blätter berichtet der dem Vatikan nahestehende „Corriere d'Italia“, der Papst prüfe zur Zeit Mittel und Wege, um unter den Kriegführenden ein Abkommen über den Luftkrieg herbeizuführen. Sind diese Nachrichten zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen? Und ist der Herr Reichsminister zu einer Erklärung darüber bereit, welche Stellung die Reichsregierung zu den obigen Bestrebungen einnimmt?

Badischer Landtag.

Erste Kammer.

Karlsruhe, 20. März. In der heute fortgesetzten Beratung des Staatshaushalts berichtete zunächst Herr von Wenzingen über den Titel „Landwirtschaft“ und weist dabei u. a. auf die große wirtschaftliche Zukunft Ostpreußens hin. Aber auch in Deutschland könne der landwirtschaftliche Anbau noch gefördert und erweitert werden. Das gelte vor allem für den Flach- und Hanfbau, der infolge der ungenügenden Zollverhältnisse stetig zurückgegangen sei. Im badischen Ackerbau haben wir noch sehr viel zu tun. Unsere Stofffabriken werden nach dem Kriege um die doppelte Menge Stoff liefern können, als vor dem Kriege. Das wird in den landwirtschaftlichen Betrieben geradezu revolutionierend wirken. Der dann erzielte Mehrertrag wird uns bald aus allen Nahrungsmitteln herausbringen. Leider fehlt bei uns auch die Bodenarbeit, die Landwirtschaft freuen wußten den Dünger hinaus. Für die Weiterbildung unserer Landwirtschaftler muß mehr geschehen. Die Regierung hat sich dazu entgegenkommend gezeigt. An der Errichtung einer landwirtschaftlichen Abteilung an der Techn. Hochschule hat die Landwirtschaftskammer lebhaftes Interesse. Die Landwirtschaftskammer hat die Frage eingehend geprüft und ist zu dem Schluss gekommen, daß das landwirtschaftliche Institut lebensfähig sein kann, wenn es großzügig angelegt wird. Zu fürchten ist aber, daß der Plan der Errichtung eines solchen landwirtschaftlichen Instituts an der Finanzverwaltung scheitert. An der Techn. Hochschule wäre die Errichtung eines Lehrstuhls für landwirtschaftliche Maschinen erwünscht. Eine außerordentlich schwierige Frage ist die Beschaffung landwirtschaftlicher Arbeiter. Durch die hohen Löhne, welche die Militärbehörde in manchen Betrieben zahlt, entzieht sich der Landwirtschaft ihre Arbeiterkräfte. Die Landwirtschaft im badischen Oberland ist dadurch direkt gefährdet. Auch in der Frage der Gespanne macht die Militärbehörde neuerdings Schwierigkeiten.

Detonomiarat Sängler erörtert die Tätigkeit des geschäftsführenden Direktors der Landwirtschaftskammer an. Bei dem sehr ausgedehnten Arbeitsfeld der Landwirtschaftskammer sind gewiß Fehler unterlaufen, im großen ganzen kann man aber doch wohl sagen, alles, was die Landwirtschaftskammer tat, ist korrekt war. Die Beschäftigung von Jungmännern in der Landwirtschaft hat sich bemerkt. Der Redner verbreitet sich im folgenden eingehend mit der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer u. nimmt sie gegen die verschiedentlichen Angriffe in Schutz. Die Landwirtschaftskammer habe den badischen Landwirten 10 000 Pferde vermittelt, und die Badische Ostpreußenfrage, über die so viel geschimpft worden sei, habe 1,3 Millionen Zentner Obst geliefert. Völlig ungenügend sei der Vorwurf, die Landwirtschaftskammer mache zu hohe Gewinne. Man müsse diese den großen Aufwendungen gegenüberstellen, denn werde man ein klares Bild erhalten und erkennen, daß von der hohen Gewinnen nicht mehr übrig bleibe. An der Landbank allein werde sich die Landwirtschaftskammer mit 6-700 000 M beteiligen und zur Kapitalvermehrung sollte sie einen Beitrag von gegen 100 000 M zahlen. In Friedenszeiten würden an die Landwirtschaftskammer so große Neuankordnungen gestellt werden, daß dazu gar nicht genug Geld vorhanden sei. Die Genossenschaften hätten unter den Landwirten ausfallend gewirkt. Zwangsgenossenschaften seien nicht erwünscht. Gewiß sei, daß die Landwirtschaft gute Einnahmen hätte. Die Sparkassen der Städte zeigten aber ebenfalls steigende Tendenz. Von einem Produktionszwang könne in der Landwirtschaft keine Rede sein. Die Selbstproduktion der Städte habe gezeigt, wie teuer sich ein landwirtschaftlicher Betrieb stellt und habe die Höhe der Preise gerechtfertigt; ein in südlichen Mitteleuropa erzeugter Liter Milch koste 80 Pfennig bis 1,20 M. An der heutigen Milch- und Fettnot sind wir zum Teil selbst schuld; vor dem Kriege hatten wir eine Milchschwemme. Es gab Milch genug, aber sie wurde nicht getrunken, und man durfte es nicht wundern, wenn mancher Landwirt daraufhin sein Viehvieh abschlachte.

Bürgermeister Bierneißel-Lauda bepricht die Schweine- und Ferkelpreise. — Geh. Rat Dr. von Derschhäuser bepricht sich mit der Frage des landw. Unterrichts und führt dann aus, daß man im Hinblick darauf, daß viele badische Landwirte an außerordentlichem landw. Instituten sich auf ihren Beruf vorbereiten, ein Bedürfnis für ein landwirtschaftliches Institut erlitten müßte. Dafür spreche auch, daß seit 85 Jahren immer wieder diese Fragen auftauchen. Nur wenn die finanziellen Bedenken ganz unmöglich seien, müsse man die Frage fallen lassen. Die finanziellen Bedenken ließen sich aber zerstreuen, und man müsse zu dem Schluss kommen, daß nur an der Techn. Hochschule Karlsruhe ein solches Institut errichtet werden könne, wofür jetzt schon eine große Anzahl von Lehrkräften vorhanden sei, die in den Dienst des neuen Instituts gestellt werden können. Walle man das landwirtschaftliche Institut aber nach Freiburg oder Heidelberg verlegen, so müsse man auch die Fortbildung von Karlsruhe wegnemen, von deren Aufhebung jetzt, nachdem der Plan der Errichtung eines landw. Instituts in den Vorbergrund gedrückt sei, nicht mehr gesprochen werden könne.

Herr von Stöckingen erörtert die Frage der Ueberlassung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft. Notwendig sei eine bessere Ausbildung der Landwirte; deshalb sei ein weiterer Ausbau der landw. Schulen zu empfehlen. Das sei viel notwendiger als die Schaffung eines landwirtschaftlichen Instituts. Fortsetzung der Beratung nachmittags 4 Uhr.

Karlsruhe, 20. März. In der Nachmittagsitzung betonte Kommerzienrat Heißlauff bei der fortgesetzten Beratung des Titels „Landwirtschaft“, daß die Bereitwilligkeit, Arbeitskräfte und Gespanne für die Landwirtschaft abzugeben, bei der Militärbehörde fortbestehen, wenngleich durch die Zeitverhältnisse dieses Entgegenkommen etwas erschwert sei. Es seien aber Verhandlungen erlassen, damit der Landwirtschaft für die Saatzeit Mannschaften und Gespanne zur Verfügung gestellt werden könne. — Herr von Güler bepricht im folgenden die Nachteile der Sommerzeit besonders für die Landwirtschaft. — Detonomiarat Sängler bepricht, daß bei vermehrten

Arbeitskräften sich eine Produktionssteigerung der Landwirtschaft erzielen lasse.

Staatsminister Herr von Bodman, führte aus, daß es sich in der Zollfrage mit Oesterreich nur um unverbindliche Besprechungen gehandelt habe. Die süddeutschen Interessen würden gewahrt werden. Hinsichtlich seiner Erzeugnisse stehe Baden, nicht sowohl hinter den anderen Staaten zurück, wie das von dem Berichterstatter dargestellt worden sei. Jedenfalls seien die badischen Erzeugnisse besser, als diejenigen in Württemberg. Die Errichtung einer landwirtschaftlichen Abteilung an einer der Hochschulen des Landes würde einen Aufwand von 150 000 M verursachen. Ob eine solche Summe aufgebracht werden könne, sei immerhin fraglich. Die Frage der Arbeiterbeschaffung für die Landwirtschaft sei in der Tat sehr schwierig. Aber so viel könne doch gesagt werden, daß die russischen Gefangenen noch einige Zeit bei uns bleiben werden und daß für diese Leute keine Gefahr bestehe, die Russen zu verlieren. Die Ueberlassung der älteren Jahrgänge ist augenblicklich infolge der vorliegenden Ereignisse nicht in dem Maße durchzuführen, wie das gewünscht und auch zugeagt worden ist. Als Ausnahme in der Landwirtschaft werden wieder Jungmänner bereit gestellt, die sich bewährt haben. Die Landwirtschaftskammer hat uns im Kriege große Dienste geleistet. Wir müßten froh sein, sie zu besitzen. Der Staatsminister schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung an alle Kreise, mitzumachen, damit die Einigkeit zwischen Stadt und Land weiter festigt wird.

Damit ist der Titel „Landwirtschaft“ erledigt. Wirkl. Geh. Rat Seubert erstattete daraufhin Bericht über die Titel „Wasser- und Straßenbau“, „Reinegulation“ und „Bergwesen“ und in Verbindung damit über die Petition des Vereins badischer Bezugsgebiete um Besserung der Mißstände im Vermessungswesen. Die Petenten wollen eine bessere Ausbildung der Geometer, Ausschaltung der Privatgeometer und einen Fachmann an der Spitze des Vermessungswesens. Dem Antrag des Hauptausschusses entsprechend wurde die Petition durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt. Die Titel wurden ohne Debatte angenommen. — Bürgermeister Bierneißel-Lauda unterrichtete die Petition der Geometer.

Geh. Kommerzienrat Engelhard-Mannheim berichtete den nach über den Vorschlag des Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Rheinboldt: Der Berichterstatter hat auch die Kriegsgewinne bepricht. Man muß dabei unterscheiden zwischen denjenigen Kriegsgewinnen, die unter strenger Beachtung anerkannter kaufmännischer Grundsätze erworben worden sind, und solchen, deren Erwerb sich über diese Grundsätze hinwegsetzt. Letztere können als wucherische Ausbeutung der Notlage des Vaterlandes nicht freigegeben werden. In einer Rede hat Abg. Dietrich die Hauptaufgabe gestellt, daß die Reichsfinanzen nur aus Beträgen entstanden sei durch die Aufwendungen für Unternehmungen und Arbeitslohn. Er folgerte daraus, daß das Reich zur Herabminderung seiner Schuld auf die Vermögen greifen müsse. Wenn das richtig wäre, müßten die Kriegsgewinne einen ganz großen Umfang annehmen. Der Abg. Dietrich vertritt, daß die Aufwendungen sich nicht aus Kriegsgewinnen und Arbeitslohn zusammensetzen, sondern hauptsächlich aus den Vergütungen für das Rohmaterial. — Der Vorschlag des Finanzministeriums wurde genehmigt und die Weiterberatung wird auf Donnerstag vormittags 10 Uhr festgesetzt. — Schluß der Sitzung 1/8 Uhr.

Aus der Schulkommission der Zweiten Kammer. Karlsruhe, 20. März. Die Schulkommission der Zweiten Kammer setzte die Beratung über das Fortbildungsgesetz fort. Dabei wurden die vorgelegenen Unterrichtspläne einer eingehenden Prüfung unterzogen. Den Vertretern des Zentrums erscheint der Lehrplan zu reichhaltig, so daß der eigentliche Zweck nicht erreicht werden würde. Statt Turnen verlangt das Zentrum Erweiterung dieses Bereichs durch Erziehung mit „körperliche Übungen“, worunter auch Wanderungen und anderes mehr verstanden werden könnten. Gegen die Fügung des Kleintendes als Unterrichtsgegenstand best das Zentrum gleichfalls Bedenken. Von sozialdemokratischer Seite wird gleichmäßig die Selbständigkeit für die Ausführenden und Befehlshaber der staatlichen Aufsichtsbehörde auf das notwendigste beschränkt. Bei Neuabfassung des Lehrbuches sollen Lehrer, die bereits Fortbildungsaufunterricht erteilen, zugezogen werden. Die fortgeschrittenen Übungen dürften nicht zur Substantiellerei ausarten. Minister Dr. Hübsch erklärt, der Unterricht soll nicht ausschließlich an das Lehrbuch gebunden sein, sondern den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Bezugscheinverfahren für die Kartoffelversorgung. Karlsruhe, 21. März. In der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Ernährungsfrage der 2. Kammer wurde die Zulassung des Bezugscheinverfahrens für den Rest der Kartoffelversorgungsperiode vom 20. Mai bis 3. August 1918 besprochen. Dem Ministerium des Innern lag hierüber ein entsprechender Antrag der Stadt Karlsruhe vor, während sich andere Städte wie Mannheim, Freiburg, Raßau und Pforzheim dagegen ausgesprochen hatten. Von dem Regierungsvizepräsidenten wurde erklärt, daß die Generaldirektion der bad. Staatsbahnen mitgeteilt habe, von ihrer Seite beständen keine Bedenken für die Wiedereinführung des Bezugscheinverfahrens. In dem Ausschluß wurde die Befürchtung einer Ueberverlieferung eines Teils der städt. Bevölkerung laut. Die Ueberlieferung überwiegende Mehrheit des Ausschusses sprach sich gegen das Bezugscheinverfahren für die restliche Versorgungsperiode aus mit Ausnahme eines fortschrittlichen und eines sozialdemokratischen Abgeordneten. Dagegen wurde gewünscht bei der neuen Ernte 1918 die Versorgung durch das Bezugscheinverfahren wieder zu ermöglichen.

Vermischtes. Würzburg, 21. März. Der „Berl. Lokalan.“ berichtet von hier: Ein Landsturmann, der nach unerlaubter Entfernung von seinem Truppenteile festgenommen worden war und auf dem Wege nach dem Arrestlokal die Flucht ergriffen hatte, ist von dem ihn transportierenden Unteroffizier erschossen worden.

Zur Katastrophe von Courneuve. Paris, 20. März. (Nicht amtlich.) In der gestrigen Kammeritzung verlangte der Minister Rams einen vorläufigen Kredit von fünf Millionen Franken, um den Opfern der Explosionskatastrophe von Courneuve, Neuville und Moulins zu helfen. Berichtende Abgeordnete, darunter Lavalle, verlangten eine Erhöhung des Kredites auf 20 Millionen Franken, dem sich aber der Finanzminister unter dem Hinweis darauf widerrsetzte, daß die Regierung über einen Kredit von 120 Millionen für weitere Hilfsleistungen verfüge.

Auch bei der Interpellation über die Katastrophe von Courneuve, führte Lavalle aus, daß bloß für 200 000 Granaten Platz gewesen sei, daß dessen habe man 15 Millionen Granaten in Courneuve eingelagert, 11 700 000 Gewehrgranaten und 3 Millionen Granaten mit Artillerie Modellen. Auch habe man in Courneuve alle Granaten mit Artillerie Modellen eingelagert, die sich beim Luftschlag der Schlagschrauben sowie Phosphorgranaten, die sich beim Luftschlag selbsttätig entzündeten, eingelagert. Der Depotchef habe auf die Gefährlichkeit des Lagers von Courneuve wiederholt aufmerksam gemacht, ohne daß die Regierung Besserungen vorgenommen hätte. Munitionsminister Dougeni versprach scharfe Maßnahmen gegen die Schuldigen und Vorkehrungen gegen die Wiederholung einer solchen Katastrophe.

Wanzen. Läufe, sowie anderes angeleitet, sind Brut vernichten wir in Koffern, reiten, Garaden, Mietshäusern etc. unter, neuen absolut zuverlässigen Verfahren. D. V. G. U. Anton Springer, Karlsruhe, Ertlingerstraße 51, Tel. 2340.

